

Anfrage Wahlprüfsteine *Vereinigung Ökologischer Landbau Hessen*

1. Bitte führen Sie aus, welchen Stellenwert der Ökolandbau für Ihre Partei hat und welches Ökolandbau-Flächenziel sich Ihre Partei für 2025 bzw. 2030 steckt?

Die SPD begrüßt die aktuelle Entwicklung beim Zuwachs des Ökolandbaus in Hessen. Wir stehen für eine vielfältig strukturierte, bäuerlich geprägte und regional verankerte Landwirtschaft. Wir wollen Landwirtschaft in die Lage versetzen, in ökologisch verträglichen Stoffkreisläufen innerhalb der Grenzen der natürlichen Ressourcen leistungsfähig auf hohem Niveau sichere und gesunde Lebensmittel zu produzieren. Damit leistet sie auch ihren Beitrag zum Klimaschutz. Wir orientieren uns an den Vorschlägen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Wir wollen, dass auf der gesamten Landwirtschaftsfläche nachhaltiger gewirtschaftet wird.

2. Bitte erläutern Sie, wie Ihre Partei die Rahmenbedingungen gestalten möchte und welche Anreize Sie konkret setzen wird, damit das unter 1. benannte Flächenziel erreicht werden kann?

Die notwendigen Förderprogramme wollen wir vereinfachen und entbürokratisieren. Wir unterstützen auch weiterhin die Umstellung von Betrieben zum ökologischen Landbau.

Im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung soll der Anteil der Lebensmittel aus dem Ökolandbau ebenso erhöht werden wie die Bewirtschaftung von landeseigenen Flächen und Staatsdomänen.

3. Bitte beschreiben Sie, wie Ihre Partei den Absatz von hessischen Biolebensmitteln im Land fördern will. Welche Maßnahmen planen Sie, um insbesondere den regionalen Absatz von Biolebensmitteln zu stärken?

Wir wollen bei der Beschaffung von Lebensmittel durch öffentliche Einrichtungen durch Qualitätsstandards für Gemeinschaftsverpflegung auskömmlichere Preise ermöglichen. Dabei sind wir für Vielfalt auf dem Teller, regional und saisonal. Vegetarische und vegane Angebote sind selbstverständlich. Auch wollen wir die Verschwendung von Lebensmitteln deutlich reduzieren.

Zudem wollen wir die Direktvermarktung stärken. Um generell regionale Lebensmittel fördern zu können, wollen wir eine Initiative anstoßen, dass die Lebensmittelhandwerksberufe wie Metzger, Bäcker u.a. wieder neu entdeckt werden. Landwirtschaftliche Produktion und Veredelung/Verarbeitung müssen zusammengedacht werden.

Wir unterstützen die regionalen Fair-trade Initiativen, die Zusammenarbeit von Produzenten und Konsumenten bei der solidarischen Landwirtschaft, sowie andere Initiativen zur Gemeinschaftsökonomie.

4. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die regionalen Wertschöpfungsketten in Hessen zu stärken? (Beispiele zum Thema „Stärkung des regionalen Handwerks im Bereich der Lebensmittelverarbeitung“ sind erwünscht)

Zur Stärkung beziehungsweise den Erhalt regionaler Wertschöpfungsketten ist es unerlässlich, dass regionale Handwerksbetriebe, Schlachtbetriebe und Veredelungsbetriebe (beispielsweise Brauereien, Metzgereien, Bäckereien) finanziell gefördert werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit des Angebots der mobilen und teilmobilen Schlachtung überall dort, wo regionale Schlachtbetriebe nicht ansässig sind.

Wir haben mehrmals in der aktuellen Legislaturperiode Initiativen zum kostenfreien Meistertitel in den Hessischen Landtag eingebracht, um damit die Sicherung des Fachkräftebedarfs zu gewährleisten. Der Erwerb

des Meistertitels darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein, daher streben wir grundsätzlich eine Kostenfreiheit an.

5. Welche Rolle soll den Ökomodellregionen zukünftig zukommen? Wird eine Evaluation der bisherigen Tätigkeit der Ökomodellregionen stattfinden?

Wir haben die Ausweitung der Ökomodellregionen auf ganz Hessen begrüßt, da dadurch alle Regionen gleichermaßen eine Förderung erhalten. Eine Evaluation der bisherigen Ökomodellregionen streben wir in der kommenden Legislaturperiode an.

6. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie die Verbände des Ökologischen Landbaus bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der hessischen Agrar- und Ernährungspolitik einbinden bzw. deren Einbezug sicherstellen?

Wir wollen in Hessen einen Dialog mit den Verbänden des Ökologischen Landbaus führen, der sich an dem Vorbild des sogenannten Niedersächsischen Wegs orientiert. Dieser Dialog soll alle beteiligten Akteure (landwirtschaftliche Verbände, Naturschutzverbände, ggf. auch den Lebensmitteleinzelhandel) umfassen, transparent arbeiten und kein Gesetz beziehungsweise keine Verordnung entstehen, ohne dass eine Einigung zwischen den Akteuren und der Politik erzielt wurde. Als Dialogform können wir uns die Form des runden Tisches vorstellen.

Eine wirksame finanzielle Ausstattung der Maßnahmen soll gewährleistet werden.

7. Welche Weiterbildungsmöglichkeiten planen Sie für Lehrkräfte an Grund- und weiterführenden Schulen zum Thema „Agrarökologische Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln“?

Die Förderung einer nachhaltigen Ernährungsbildung ist aufzubauen bzw. auszubauen und soll durch eine begleitende Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte flankiert werden. Wir plädieren dafür, dass das Fach Kochen wieder an Schulen gelehrt wird. Wir bleiben dabei, dass biologische und konventionelle Landwirtschaft regionaler werden müssen.

8. Wird sich Ihre Partei für eine stärkere ökologische Ausrichtung der landwirtschaftlichen Ausbildung in den hessischen Berufs- und Fachschulen einsetzen?

Ökologie und Landwirtschaft sind aus Sicht der SPD untrennbar miteinander verbunden und soll ein Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Ausbildung bilden. Ökologie auf der gesamten Fläche stärker berücksichtigt wird.

9. Die Weidehaltung ist eine zentrale Säule der artgerechten Haltung von Rindern, Schafen und Ziegen im Öko-Landbau. Seit einigen Jahren erschwert das Aufkommen von Wölfen diese Haltungsform für hessische Bäuer*innen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei um Weidetierhalter*innen zu unterstützen?

Wir benötigen ein evidenzbasiertes Wolfsmanagement. Herdenschutz muss bei allen Maßnahmen im Mittelpunkt stehen und auch für alle Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter, ganz gleich ob im Haupt- oder Nebenerwerb, unabhängig von der Anzahl der Tiere gelten. Eine verbesserte Kommunikation mit allen Betroffenen ist dringend notwendig. Auch die finanzielle Unterstützung für den Herdenschutz muss ausgebaut werden. Die Entnahme von Wölfen, die nachgewiesen mehrfach Weidetiere gerissen haben, muss konsequent mit Maßnahmen des aktuellen Stands der Technik erfolgen.

10. Wie steht Ihre Partei zum Thema „Gentechnik“? Welche Regelungen sollten insbesondere für die neuen Gentechniken (z.B. CRISPR/Cas) gelten?

Wir lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und die Haltung und Zucht von gentechnisch veränderten Tieren nach wie vor unmissverständlich ab.

11. Wird Ihre Partei das ökologische Versuchswesen und das Beratungsteam „Ökologischer Landbau“ des LLH unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Flächenziele weiter stärken?

Die SPD wird die gute und notwendige Arbeit des Beratungsteams Ökologischer Landbau des LLH stärken. Dies ist unserer Ansicht nach notwendig, damit die aufsuchende Beratungsarbeit fortgesetzt und ausgeweitet werden kann.

12. Plant Ihre Partei die Einführung einer Existenzgründungsprämie für Landwirt*innen in Hessen? Gibt es weitere Vorhaben Ihrer Partei, um auch den Generationenwechsel auf den Betrieben zu unterstützen?

Für den wirtschaftlichen Erfolg eines landwirtschaftlichen Unternehmens sind Fördermittel von enormer Bedeutung. Sie fließen in die betriebswirtschaftliche Kalkulation mit ein und werden bei der betrieblichen Planung berücksichtigt. Die Förderung junger Menschen, gerade im ländlichen Raum, ist eines der Ziele der aktuellen Förderperiode der gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP). Die ökonomischen Hürden für junge Menschen, die sich eine Existenz in der Landwirtschaft aufbauen möchten, sind gewaltig. Wir haben bereits im Mai 2021 eine sogenannte Niederlassungsprämie, analog zu Frankreich oder Sachsen-Anhalt, für Existenzgründerinnen bzw. Existenzgründern in der 2. Säule der GAP gefordert. Die Bundesregierung hat sich dazu entschlossen, einen Fördergrundsatz für eine Niederlassungs- und Existenzgründungsprämie für Junglandwirtinnen und Junglandwirte im Rahmenplan der GAK. Dieses Ansinnen begrüßen wir ausdrücklich. Zudem können wir uns vorstellen, den Zugang zu Land zu erleichtern, etwa durch eine Anpassung der Vergabekriterien öffentlicher Flächen sowie Steuererleichterungen. Wir werden auch darüber nachzudenken haben, bei Privatlandverkäufen Maßnahmen zu entwickeln, die gegen sogenanntes Landgrabbing schützen. Darüber hinaus ist denkbar, den Junglandwirtinnen und Junglandwirten den Zugang zu Kapital zu erleichtern, zum Beispiel durch eine günstigere, flexiblere und vereinfachte Bereitstellung von Bürgschaften und Krediten. In unseren Überlegungen spielt auch ein eigenes Stipendienprogramm für Junglandwirte und Junglandwirtinnen eine Rolle.

13. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um den Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr in Hessen zu senken? Welche Ziele setzt sich Ihre Partei diesbezüglich bis 2025 bzw. 2030?

Der tägliche Flächenverbrauch pro Tag liegt deutlich über der angesetzten Zielvorgabe der Bundesregierung. Um diese Ziele nachhaltig erreichen zu können, müsste das Land Hessen seinen Flächenverbrauch bis 2030 auf einen Hektar pro Tag reduzieren. Diese Reduzierung streben wir im Rahmen einer Entsiegelungsoffensiven. Das Ziel des Landesentwicklungsplans (LEP) muss darin liegen, die Netto-Flächenversiegelung so niedrig wie möglich zu halten. Daher soll neben einer sparsamen Neuversiegelung auch die Entsiegelung nicht mehr benötigter Siedlungs- und Verkehrsflächen eine wichtige Rolle spielen. Dafür planen wir die Schaffung eines Förderprogramms für Kommunen, aber auch Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer. Als Alternative zur Flächenentsiegelung kann die Ausstattung versiegelter Flächen mit regenerativen Energien in Betracht gezogen werden. Eine verbindliche Verankerung zur Reduzierung des Flächenfraßes und eine gleichzeitige Steigerung der Bereitschaft zur Flächenentsiegelung müssen im Landesentwicklungsplan

aufgenommen werden. Perspektivisch wollen wir einen Nettonullverbrauch erreichen

14. Wird sich Ihre Partei für die Einführung von Gemeinwohlkriterien bei der Verpachtung landeseigener Flächen einsetzen?

Die Einführung von Gemeinwohlkriterien bei der Verpachtung von landeseigenen Flächen ziehen wir in Betracht. Den Vorrang von selbständigen Landwirten gegenüber Investoren, die nicht aus der Landwirtschaft sind, bei Kauf und Pacht wollen wir stärken.